

AMTSBLATT

für die

Gemeinde Eslohe (Sauerland)

*In diesem Amtsblatt erscheinen nach § 13 Abs. 1 der Hauptsatzung
alle öffentlichen Bekanntmachungen der*

Gemeinde Eslohe (Sauerland),

die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind.

Jahrgang 2015

31. Dezember 2015

Nr. 8

Anhang

- 1 Bekanntmachung des Entwurfs der Haushaltssatzung der Gemeinde Eslohe (Sauerland) für das Haushaltsjahr 2016
- 2 Bekanntmachung der VI. Nachtragssatzung vom 18.12.2015 zur Satzung über die Straßenreinigung und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) vom 27.11.2006
- 3 Bekanntmachung der XVIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) vom 18.12.2015
- 4 Bekanntmachung der VI. Nachtragssatzung vom 18.12.2015 zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Eslohe (Sauerland) vom 26.06.2009
- 5 Bekanntmachung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) -Abfallentsorgungssatzung- vom 18.12.2015

**Entwurf der Haushaltssatzung
der Gemeinde Eslohe (Sauerland)
für das Haushaltsjahr 2016**

Gemäß § 80 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zurzeit geltenden Fassung, wird der nachstehende Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 hiermit öffentlich bekannt gemacht.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	18.640.492 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	18.804.609 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	16.858.697 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	16.624.114 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	2.309.772 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	2.805.564 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	117.540 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

660.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

164.117 EUR

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

2.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----------|---|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 226 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 449 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 445 v.H. |

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Eslohe (Sauerland) für das Haushaltsjahr 2016 mit Anlagen liegt während des Beratungsverfahrens im Rat im Rathaus Eslohe, Schultheißstraße 2, 59889 Eslohe, Fachbereich Zentrale Dienste/ Finanzen, Zimmer 28, während der Dienststunden (Mo. - Fr. 8.30 - 12.30 Uhr, Do. 14.00 - 17.30 Uhr) zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Einwohner oder Abgabepflichtige sind berechtigt, gegen den Entwurf und seine Anlagen in der Zeit vom 04.01.2016 bis einschl. 19.01.2016 bei der Gemeinde Eslohe (Sauerland), Der Bürgermeister, Fachbereich Zentrale Dienste/ Finanzen, Schultheißstraße 2, 59889 Eslohe, Einwendungen zu erheben. Über die Einwendungen beschließt der Rat in öffentlicher Sitzung.

Eslohe, den 23.12.2015

gez.
Kersting
Bürgermeister

VI. Nachtragssatzung

Vom 18.12.2015

zur Satzung über die Straßenreinigung und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
(Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) in der Gemeinde Eslohe (Sauerland)
vom 27.11.2006

Auf Grund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023), der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712 / SGV NRW 610), sowie der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG NRW) vom 18.12.1975 (GV NRW S. 706 / SGV NRW 2061), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Eslohe (Sauerland) in seiner Sitzung am 17.12.2015 folgende VI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) beschlossen:

Artikel I

§ 6 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Die Benutzungsgebühr für die Winterwartung beträgt je Frontmeter (Absätze 1 bis 3) jährlich:

1,13 €.

Artikel II

Diese VI. Nachtragssatzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende VI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023), in der zurzeit geltenden Fassung, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Nachtragssatzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Eslohe, 18.12.2015

gez.
Kersting
Bürgermeister

XVIII. Nachtragssatzung

zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

in der Gemeinde Eslohe (Sauerland)

vom 18.12.2015

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), der §§ 51 ff des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG -) vom 25.06.1995 (GV NRW S. 926 / SGV NRW 77), des § 15 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. S. 212) sowie der §§ 2, 4, 6, und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein- Westfalen vom 21. Oktober 1969 - KAG- (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Eslohe (Sauerland) am 17.12.2015 folgende XVIII. Nachtragssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 11 erhält folgende Fassung:

Die Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen beträgt 79,76 € je m³ abgefahrenen Grubeninhalts.

Artikel II

Diese XVIII. Nachtragssatzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende XVIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), in der zurzeit gültigen Fassung, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung NRW beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde gerügt und die dabei verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Eslohe, den 18.12.2015

Gemeinde Eslohe (Sauerland)
Der Bürgermeister

gez.
Kersting

VI. Nachtragssatzung vom 18.12.2015

zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
der Gemeinde Eslohe (Sauerland)
vom 26.06.2009

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), der § 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW 1969 S. 712) und des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) vom 25.06.1995 (GV NRW 1995, S. 926) und der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Entwässerungssatzung - der Gemeinde Eslohe (Sauerland) vom 09.10.1990, jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Eslohe (Sauerland) in seiner Sitzung am 17.12.2015 folgende VI. Nachtragssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 11 Abs.11 erhält folgende Fassung:

(11) Die jährliche Gebühr je m³ Schmutzwasser beträgt 3,33 €.

Artikel II

§ 12 Abs. 8 erhält folgende Fassung:

(8) Der jährliche Gebührensatz je Quadratmeter kanalwirksam bebauter und/oder befestigter Fläche i. S. d. Abs. 1 beträgt 0,22 €.

Artikel III

Diese VI. Nachtragssatzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende VI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Eslohe (Sauerland) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Eslohe, 18.12.2015

gez.
Kersting
Bürgermeister

Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) -Abfallentsorgungssatzung- vom 18.12.2015

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW., S. 666), des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I 2012, S. 212 ff.), § 7 der Gewerbeabfall-Verordnung vom 19.06.2002 (BGBl. I 2002, S. 1938 ff., der §§ 8 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein- Westfalen (LAbfG NW) vom 21.06.1988 , der § 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW 1969, S. 712) sowie des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1987 (BGBl. I, S. 602), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Eslohe in seiner Sitzung vom 17.12.2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Aufgaben und Ziele

- (1) Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung (Abfallentsorgungseinrichtung). Diese bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (2) Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) erfüllt insbesondere folgende abfallwirtschaftliche Aufgaben, die ihr gesetzlich zugewiesen sind:
 1. Einsammeln und Befördern von Abfällen, die im Gemeindegebiet anfallen,
 2. Information und Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (§ 46 KrWG),
 3. Aufstellung, Unterhaltung und Entleerung von Straßenpapierkörben, soweit dies nach den örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist.
 4. Einsammlung von verbotswidrigen Abfallablagerungen von den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken im Gemeindegebiet, sofern nicht Dritte hierzu verpflichtet sind.
- (3) Die Sortierung, Verwertung, Behandlung, Lagerung, Verbrennung und Deponierung der Abfälle wird vom Hochsauerlandkreis nach einer von ihm hierfür erlassenen Abfallsatzung wahrgenommen.
- (4) Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) kann sich zur Durchführung ihrer Aufgaben ganz oderteilweise Dritter bedienen (§ 22 KrWG).
- (5) Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) wirkt darauf hin, dass bei Veranstaltungen, die auf Grundstücken oder in öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde durchgeführt werden, die Maßgaben des § 2 LAbfG beachtet und insbesondere vorrangig Gebrauchsgüter verwendet werden, die sich durch Wiederverwendbarkeit oder Wiederverwertbarkeit auszeichnen.

§ 2

Umfang der Abfallentsorgungsleistungen der Gemeinde

- (1) Die Entsorgung von Abfällen durch die Gemeinde Eslohe (Sauerland) umfasst das Einsammeln und Befördern der im Gemeindegebiet anfallenden Abfälle zu den Abfallentsorgungsanlagen des Hochsauerlandkreises. Wiederverwertbare Abfälle werden getrennt eingesammelt und befördert, damit sie einer Verwertung zugeführt werden können.
- (2) Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) erbringt gegenüber den Benutzern der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtungen u. a. folgende Abfallentsorgungsleistungen:
 1. Einsammeln und Befördern von Restabfall.
 2. Einsammeln und Befördern von Bioabfällen. Unter Bio-Abfällen sind alle im Abfall enthaltenen biologisch abbaubaren organischen Abfallanteile zu verstehen.
 3. Einsammeln und Befördern von Papier, Pappe und Kartonagen einschl. Druckerzeugnissen, soweit es sich nicht um Einweg-Verkaufsverpackungen aus Papier/Pappe/Karton handelt.
 4. Einsammlung und Beförderung von sperrigen Abfällen / Sperrgut und Metall-Schrott.
 5. Einsammlung und Beförderung von schadstoffhaltigen Abfällen.
 6. Aufstellen, Unterhalten und Entleeren von Straßenpapierkörben.
 7. Einsammeln und Befördern von verbotswidrigen Abfallablagerungen von den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken im Gemeindegebiet.
 8. Einsammeln bzw. Annahme und Befördern von Elektro- und Elektronik-Altgeräten nach dem ElektroG und § 16 Abs. 4, 5 dieser Satzung.
- (3) Das Einsammeln und Befördern von gebrauchten Einweg-Verkaufsverpackungen aus Glas, Papier/Pappe/Karton, Kunststoffen, Verbundstoffen erfolgt im Rahmen des privatwirtschaftlichen Dualen System nach § 6 Verpackungsverordnung.

§ 3

Ausgeschlossene Abfälle

- (1) Vom Einsammeln und Befördern durch die Gemeinde sind gem. § 20 Abs. 2 KrWG mit Zustimmung der zuständigen Behörde ausgeschlossen:
 1. folgende Abfälle, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, bei denen entsprechende Rücknahmevorrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen und bei denen die Gemeinde nicht durch Erfassung als ihr übertragenen Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt (§ 20 Abs. 2 Satz 1 KrWG).

2. Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Industrie- und Gewerbebetrieben, soweit sie nach Art und Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist (§ 20 Abs. 2 Satz 2 KrWG). Diese Abfälle sind in der als Anlage 1 zu dieser Satzung beigefügten Liste aufgeführt; die Liste ist Bestandteil dieser Satzung.

(2) Die Gemeinde kann den Ausschluss von der Entsorgung mit Zustimmung der zuständigen Behörde widerrufen, wenn die Voraussetzungen für den Anschluss nicht mehr vorliegen (§ 20 Abs. 2 Satz 3 KrWG).

§ 4

Sammeln von schadstoffhaltigen Abfällen

- (1) Abfälle aus privaten Haushaltungen, die wegen ihrer besonderen Schadstoffbelastung zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit einer getrennten Entsorgung bedürfen (gefährliche Abfälle i. S. d. § 3 Abs. 5 i. V. m. § 48 KrWG sowie der Abfallverzeichnis-Verordnung), werden von der Gemeinde Eslohe (Sauerland) bei den von ihr mobilen Sammelfahrzeugen angenommen. Dies gilt auch für Kleinmengen vergleichbarer Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, soweit sie mit den in Satz 1 genannten Abfällen entsorgt werden können.
- (2) Gefährliche Abfälle im Sinne des § 3 Abs. 5 i. V. m. § 48 KrWG sowie der Abfallverzeichnis-Verordnung dürfen nur zu den in der Gemeinde bekannt gegebenen Terminen an den Sammelfahrzeugen angeliefert werden. Die Standorte der Sammelfahrzeuge werden von der Gemeinde bekannt gegeben.

§ 5

Kompostierbare Abfälle aus Haushalt und Garten

- (1) Kompostierbare Abfälle können auf dem Grundstück, auf dem sie angefallen sind, kompostiert werden. Die nicht auf dem Grundstück kompostierbaren Abfälle sind frei von Verunreinigungen in Bioabfallbehälter einzugeben.
- (2) Kompostierbare Abfälle sind Stoffe, die durch Eigenkompostierung und/oder durch eine Kompostierungsanlage verwertet werden können. Hierzu gehören insbesondere
1. alle pflanzlichen Gartenabfälle (z. B. Blumen und Blumenerde, Pflanzenreste, Laub, Gras-, Hecken-, Strauch- und Baumschnitt, Wurzeln),
 2. Holzreste und Sägemehl von unbehandeltem Holz,
 3. alle pflanzlichen Haus- und Küchenabfälle (z. B. Zimmerpflanzen, Obst- und Gemüsereste, Tee- und Kaffeesatz mit Filtertüten, Nussschalen),
 4. sonstige verrottbare Küchenabfälle (z. B. Eierschalen, saugfähiges Haushaltspapier, zubereitete Essensreste, die für die Eigenkompostierung nicht geeignet sind).

§ 6

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Gemeinde Eslohe (Sauerland) liegenden Grundstücks ist im Rahmen der §§ 2 bis 5 dieser Satzung berechtigt, von der Gemeinde Eslohe (Sauerland) den Anschluss seines Grundstücks an die gemeindliche Abfallentsorgung zu verlangen (Anschlussrecht)
- (2) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Gemeinde Eslohe (Sauerland) haben im Rahmen der §§ 2 bis 5 dieser Satzung das Recht, die auf ihren Grundstücken oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungsrecht).
- (3) Die Gemeinde kann den Anschluss versagen, wenn die Abfuhr wegen der Lage des Grundstücks oder aus straßenverkehrstechnischen oder betriebswirtschaftlichen Gründen Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert. Bei Stichstraßen und Wohnstraßen ohne Wendemöglichkeit ist der Abfallbehälter vom Anschlussberechtigten zur nächstgelegenen Straße, die von den Sammelfahrzeugen angefahren wird, zu bringen.

§ 7

Anschluss- und Benutzungszwang

Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Gemeinde Eslohe (Sauerland) liegenden Grundstückes ist verpflichtet, sein Grundstück an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt wird (Anschlusszwang). Der Eigentümer eines Grundstückes als Anschlusspflichtiger und jeder andere Abfallbesitzer (z.B. Mieter, Pächter) auf einem an die kommunale Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstück ist verpflichtet, im Rahmen der §§ 2 bis 4 die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung aus privaten Haushaltungen der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungszwang). Abfälle aus privaten Haushaltungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 1 KrWG i. V. m. § 2 Nr. 2 GewAbfV Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallstellen wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.

Eigentümer von Grundstücken und Abfallerzeuger/Abfallbesitzer auf Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. gewerblich/ industriell genutzt werden, haben gleichermaßen die Verpflichtungen nach Abs. 1, soweit auf diesen Grundstücken Abfälle zur Beseitigung im Sinne des § 3 Abs.1 Satz 2 2. Halbsatz KrWG anfallen. Sie haben nach § 7 Satz 4 der Gewerbeabfall-Verordnung für gewerbliche Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Nr. 1 GewAbfV eine Pflicht-Restmülltonne zu benutzen. Gewerbliche Siedlungsabfälle sind nach § 2 Nr. 1 GewAbfV, Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführt sind, insbesondere gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind sowie Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen.

Der Anschluss- und Benutzungszwang nach Abs. 1 und Abs. 2 besteht auch für Grundstücke, die anderweitig z.B. gewerblich/industriell und gleichzeitig von privaten

Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden (sog. gemischt genutzte Grundstücke). Die Nutzung einer gemeinsamen Restmülltonne durch die privaten Haushaltungen und die Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen ist auf Antrag möglich.

Restmüll ist in die grauen Abfallbehälter einzufüllen. Biomüll ist der grauen Tonne mit braunen Deckel einzufüllen, Papier und Pappe sind entweder in den grauen Papierbehälter mit blauem Deckel einzufüllen oder für Sammlungen bereitzustellen. Die Sammlungen unterliegen nicht dem Benutzungszwang. Altglas ist zu den bereitgestellten Containern zu bringen. Sperrgut, Kühlgeräte und Metallschrott sind nach Abstimmung mit dem Entsorgungsunternehmen zur Abholung bereitzustellen. Metalle, Kunststoffe und Verbundstoffe sind in den gelben Wertstoffbehälter zu füllen. Schadstoffhaltige Abfälle werden durch das Schadstoffmobil an verschiedenen Haltestellen im Gemeindegebiet entgegengenommen. Strauch- und Baumschnitt kann an von der Gemeinde benannten Plätzen an bestimmten Terminen abgegeben werden, soweit er nicht der Kompostierung zugeführt wird. Die abzuliefernde haushaltsübliche Menge Grünschnitt ist begrenzt auf Kofferrauminhalte oder einachsiger Anhänger. Die Vollkompostierer sind von der Grünschnittabfuhr ausgeschlossen.

5) Sämtliche Abfallfraktionen dürfen entsprechend Abs. 5 ausschließlich in den speziell dafür vorgesehenen Anlagen und den dafür vorgesehenen Abfallbehältern entsorgt werden.

§ 8

Ausnahmen vom Benutzungszwang

Ein Benutzungszwang nach § 7 besteht nicht,

- soweit Abfälle gem. § 3 Abs. 1 dieser Satzung von der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung ausgeschlossen sind;
- soweit Abfälle einer Rücknahme- oder Rückgabepflicht aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG unterliegen und die Gemeinde an deren Rücknahme nicht mitwirkt (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KrWG);
- soweit Abfälle in Wahrnehmung der Produktverantwortung nach § 23 KrWG freiwillig zurückgenommen werden, wenn dem zurücknehmenden Hersteller oder Vertreiber durch die zuständige Behörde eine Freistellungs- oder Festsetzungsbescheid nach § 26 Abs. 4 oder Abs. 6 KrWG erteilt worden ist (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KrWG);
- soweit Abfälle zur Verwertung, die nicht gefährlich im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG sind, durch eine nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 18 KrWG zulässige, gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt wird.
- soweit Abfälle, die nicht gefährlich im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG sind, durch eine nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, Abs. 3, § 18 KrWG zulässige gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden.

§ 9

Ausnahmen/Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung

- (1) Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung besteht bei Grundstücken, die von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden, wenn der/die Anschluss- und/oder Benutzungspflichtige nachweist, dass er/sie in der Lage ist, Abfälle zur Verwertung auf dem an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossenen Grundstücke ordnungsgemäß und schadlos im Sinne des § 7 Abs. 3 KrWG zu verwerten (Eigenverwertung). Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang an das Bioabfallgefäß besteht insoweit dann, wenn der/die Anschluss- und Benutzungspflichtige nachvollziehbar und schlüssig darlegt, dass er/sie nicht nur willens, sondern auch fachlich und technisch in der Lage ist, alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Stoffe ordnungsgemäß und schadlos i. S. des § 7 Abs. 3 KrWG so zu behandeln, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere durch Gerüche oder Siedlungsungeziefer (z. B. Ratten), nicht entsteht. Die Gemeinde stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gem. § 17 Abs. 1 Satz 1 2. Halbsatz KrWG besteht. Die Feststellung kann widerrufen werden, soweit die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang nicht mehr vorliegen.

- (2) Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang besteht bei Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern industriell oder gewerblich genutzt werden, wenn der Abfallerzeuger/Abfallbesitzer nachweist, dass er/sie die bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung in eigenen Anlagen beseitigt (Eigenbeseitigung) und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung der Abfälle zur Beseitigung erfordern. Die Gemeinde stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gem. § 17 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz KrWG besteht. Die Feststellung kann widerrufen werden, soweit die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang nicht mehr vorliegen.

§ 10

Selbstbeförderung zu Abfallentsorgungsanlagen

Erzeuger/Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch die Gemeinde Eslohe (Sauerland) gemäß § 3 dieser Satzung ausgeschlossen ist, sind verpflichtet, ihre Abfälle zum Zwecke der Entsorgung entsprechend der Satzung über die Abfallentsorgung im Hochsauerlandkreis vom 19.02.2005 in der z. Zt. geltenden Fassung zu der vom Kreis angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

Soweit der Kreis das Behandeln, Lagern oder Ablagern dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind die Abfälle zum Zwecke des Behandeln, Lagerns oder Ablagerns zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

§ 11 Abfallbehälter

- (1) Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) bestimmt nach Maßgabe der folgenden Vorschriften Art, Anzahl und Zweck der Abfallbehälter, deren Standplatz auf dem Grundstück, ob und wie die Abfälle voneinander getrennt zu halten sind, sowie die Häufigkeit und den Zeitpunkt der Abfuhr.
- (2) Für das Einsammeln und Befördern von Abfällen sind folgende Abfallbehälter zugelassen:
 - Für Restmüll Behälter mit einem Volumen von 80, 120, 240 Litern.
 - Für Biomüll Behälter mit einem Volumen von 80, 120, 240 Litern.
 - Für Papier/Pappe/Kartonagen Behälter mit einem Volumen von 240 Litern.
 - Für Leichtverpackungen Behälter mit einem Volumen von 240 Litern.

§ 12 Anzahl und Größe der Abfallbehälter

- (1) Jedes Grundstück erhält mindestens je einen Behälter für Restmüll, Biomüll, Papier/Pappe/Kartonagen und Leichtverpackungen. Wenn festgestellt wird, dass die angeforderten Abfallbehälter nicht ausreichen, hat der Grundstückseigentümer die Aufstellung weiterer Behälter zu dulden.
- (2) Für die Abfuhr von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen wird der Behälterbedarf für Abfälle zur Beseitigung unter Zugrundelegung der Angaben von Grundstückseigentümern bzw. Abfallbesitzern ermittelt. Wenn festgestellt wird, dass die angeforderten Abfallbehälter nicht ausreichen, hat der Grundstückseigentümer die Aufstellung weiterer Behälter zu dulden.
- (3) Der Wechsel der Behältergröße aufgrund von falsch eingeschätztem Abfallvolumen ist im Jahr 2016 für einen Wechselauftrag kostenfrei. Danach wird eine Tauschgebühr in Höhe von 20,00 € je Auftrag erhoben. Der Austausch defekter Behälter ist kostenlos.

Eine Änderung der Gebühr, die sich aus dem Wechsel der Größe des Abfallbehälters ergibt, wird zum 1. des folgenden Monats berechnet.

§ 13 Benutzung der Abfallbehälter

- (1) Die Abfallbehälter werden von der Gemeinde Eslohe (Sauerland) bzw. dem beauftragten Dritten gestellt und unterhalten. Sie bleiben Eigentum der Gemeinde Eslohe (Sauerland) bzw. des Dritten.
- (2) Die Abfälle müssen in die von der Gemeinde Eslohe (Sauerland) gestellten Abfallbehälter oder in die dafür zur Verfügung gestellten Depotcontainer entsprechend der Zweckbestimmung eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in einer anderen Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter gelegt werden.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat dafür zu sorgen, dass die Abfallbehälter allen Haushaltungen zugänglich sind und ordnungsgemäß benutzt werden können.

- (4) Die Abfallbesitzer haben zur Sicherstellung der Wiederverwertung die Abfälle getrennt zu halten und wie folgt bereitzustellen:
- Bio-Abfall
 - Papier, Pappe, Kartonagen einschl. Druckerzeugnisse
 - Leichtfraktionen, z. B. Weißblechverpackungen, Aluminium, aluminiumhaltige Kunststoffverbunde, Kunststofffolien, Hohlkörper aus Kunststoff, Becher und Blister aus Kunststoff, Schaumstoffe sowie Kartonverbundverpackungen, wie Getränkekartons u. ä.
 - Glas
 - Restabfall.
- (5) Die Abfallbehälter sind schonend zu behandeln; sie dürfen nur soweit gefüllt werden, dass sich der Deckel schließen lässt. Abfälle dürfen nicht in Abfallbehälter eingestampft oder in ihnen verbrannt werden. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in Abfallbehälter zu füllen.
- (6) Sperrige Gegenstände, Schnee und Eis sowie Abfälle, welche die Abfallbehälter oder das Sammelfahrzeug beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht in Abfallbehälter und Abfallsäcke gefüllt werden.
- (7) Das Nettogewicht des Abfalls darf folgende Grenzen nicht überschreiten:
- | | |
|---------------------------|---------|
| bei 80 l-Abfallbehältern | 30 kg |
| bei 120 l-Abfallbehältern | 70 kg |
| bei 240 l-Abfallbehältern | 100 kg. |
- (8) Die Haftung für Schäden, die vor allem durch unsachgemäße Behandlung der Abfallbehälter oder durch Einbringen nicht zugelassener Gegenstände an den Sammelfahrzeugen entstehen, richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften.
- (9) Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) gibt die Termine für die Einsammlung verwertbarer Stoffe und die Standorte der Annahmestellen/der Sammelcontainer für Glas rechtzeitig bekannt.
- (10) Zur Vermeidung von Lärmbelästigungen dürfen Sammelcontainer für Glas nur werktags in der Zeit von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr und von 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr benutzt werden.

§ 14

Standplatz und Transportweg für Abfallbehälter

- (1) Der Grundstückseigentümer hat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Abfallentsorgung ohne Schwierigkeiten und ohne Zeitverlust zu sichern. Die Abfallbehälter sind zu den Abfuhrterminen an der nächstgelegenen öffentlichen Straße so aufzustellen, dass der Verkehr nicht gefährdet wird (Verladestelle). Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) kann in Ausnahmefällen einen anderen

Aufstellungsort bestimmen. Nach der Abfuhr sind die Abfallbehälter unverzüglich wieder von der Straße zu entfernen.

- (2) Abfallbehälter, die wegen ihrer Größe nicht zur Verladestelle transportiert werden können, haben auf dem von der Gemeinde Eslohe (Sauerland) festgelegten Standplatz zu verbleiben.
- (3) Außerhalb der Abfuhrtermine sind die Abfallbehälter so abzustellen, dass das Straßen- und Ortsbild nicht verunstaltet wird.

§ 15 Häufigkeit der Leerung

- (1) Die Abfallbehälter werden vorbehaltlich von Sonderregelungen im Abfallkalender der Gemeinde grundsätzlich wie folgt entleert:
 - 80 l, 120 l u. 240 l Restmüllbehälter im Vier-Wochen-Turnus,
 - 80l, 120l u. 240 l Biomüllbehälter im Zwei-Wochen-Turnus
 - Papier/Pappe/Kartonagen-Behälter im Vier-Wochen-Turnus
 - Gelbe Tonne des Dualen Systems im Zwei-Wochen-Turnus
- (2) Die Abfuhr der Abfallbehälter erfolgt an Werktagen zwischen 06.00 Uhr und 22.00 Uhr. Die Tage der Abfuhr sowie notwendig werdende Änderungen der regelmäßigen Abfuhrtage werden von der Gemeinde Eslohe (Sauerland) bestimmt und bekanntgegeben. Die Abfallbehälter dürfen zum Schutz der Nachtruhe zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr nicht zu den Abholstandorten gebracht werden.

§ 16 Sperrmüll und Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten sowie Metallschrott

- (1) Sperrige Abfälle aus Haushaltungen, die ohne Hilfsmittel nicht zerkleinert werden können und die wegen ihres Umfangs oder ihres Gewichtes nicht in die nach dieser Satzung zugelassenen Abfallbehälter eingefüllt werden können (Sperrmüll), werden auf Anforderung des Anschlussberechtigten und jedes anderen Abfallbesitzers im Gebiet der Gemeinde von der Gemeinde außerhalb der regelmäßigen Abfallentsorgung getrennt abgefahren.

Hierzu zählen jedoch nicht Abfälle aus Gewerbebetrieben, aus Gebäudeerweiterungen, Umbauten, Gebäuderenovierungen und Haushaltsauflösungen.

- (2) Das Sperrgut ist zu ebener Erde möglichst nahe der Verladestelle so bereitzustellen, dass Verkehrsteilnehmer nicht gefährdet werden. Verunreinigungen, die durch das Bereitstellen des Sperrgutes entstehen, sind von demjenigen, der das Sperrgut bereitgestellt hat, unverzüglich zu beseitigen.
- (3) Je Anforderung darf eine Sperrmüllmenge von bis zu 5 m³ und maximal 2 m lang bereitgestellt werden. Zur Abfuhr bereitgestelltem Sperrmüll anderer Abfallbesitzer dürfen keine Gegenstände hinzugefügt werden

- (4) Große Elektro- und Elektronik-Altgeräte sowie Metallschrott aus Haushaltungen werden einmal im Quartal auf Anforderung entsorgt. Einzelheiten zum Abholverfahren sind ebenfalls dem gültigen Abfallkalender zu entnehmen.
- (5) Kleine Elektrogeräte werden im Zusammenhang mit dem Schadstoffmobil (in spezielle Gitterboxen) an verschiedenen Haltestellen im Gemeindegebiet entgegengenommen.

§ 17 Anmeldepflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer hat der Gemeinde Eslohe (Sauerland) den erstmaligen Anfall von Abfällen, die voraussichtliche Menge, die Anzahl der auf dem Grundstück wohnenden Personen sowie jede wesentliche Veränderung der anfallenden Abfälle, ihrer Menge oder der auf den Grundstücken wohnenden Personen unverzüglich anzumelden.
- (2) Wechselt der Grundstückseigentümer, so sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer verpflichtet, die Gemeinde Eslohe (Sauerland) unverzüglich zu benachrichtigen.

§ 18 Auskunfts- und Betretungsrecht

- (1) Der Grundstückseigentümer, der Nutzungsberechtigte oder der Abfallbesitzer/Abfallerzeuger sind verpflichtet, über § 17 hinaus alle für die Abfallentsorgung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind nach § 19 Abs. 1 Satz 1 KrWG verpflichtet, das Aufstellen von Abfallgefäßen auf Ihrem Grundstück sowie das Betreten des Grundstücks zum Zweck des Einsammelns und zur Überwachung des Getrennthaltens und der Verwertung von Abfällen zu dulden.
- (3) Den Bediensteten und Beauftragten der Gemeinde Eslohe (Sauerland) ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, im Rahmen des § 19 Abs. 1 KrWG ungehinderter Zutritt zu Grundstücken zu gewähren, für die nach dieser Satzung Anschluss- und Benutzungszwang besteht.
- (4) Die Anordnungen der Beauftragten sind zu befolgen.
- (5) Die Beauftragten haben sich durch einen von der Gemeinde Eslohe (Sauerland) ausgestellten Dienstaussweis auszuweisen.
- (6) Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 Grundgesetz) wird insoweit durch § 19 Abs. 1 Satz 3 KrWG eingeschränkt.

§ 19

Unterbrechung der Abfallentsorgung

- (1) Unterbleibt die der Gemeinde Eslohe (Sauerland) obliegende Abfallentsorgung bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen oder Verspätungen infolge von Betriebsstörungen, Streiks, betriebsnotwendigen Arbeiten oder behördlichen Verfügungen, werden die erforderlichen Maßnahmen so bald wie möglich nachgeholt.
- (2) In Fällen des Absatzes 1 besteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren oder auf Schadensersatz.

§ 20

Gebührenpflichtige Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung / Anfall der Abfälle

- (1) Die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung beginnt, wenn dem Abfallerzeuger/Abfallbesitzer die nach dieser Satzung festgelegten Abfallbehältnisse zur Verfügung gestellt werden und das an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossene Grundstück mit Abfallfahrzeugen zur Entleerung der bereitgestellten Abfallbehältnisse angefahren wird.
- (2) Abfälle gelten zum Einsammeln und Befördern als angefallen, wenn sie in die zugelassenen Abfallbehälter oder Abfallsäcke eingefüllt und zur Abfuhr bereitgestellt worden sind oder im Rahmen der Abfuhr sperriger Abfälle (§ 15) zur Abfuhr bereitgestellt worden sind.
- (3) Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen. Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.
- (4) Unbefugten ist nicht gestattet, angefallene und zur Abholung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.
- (5) Für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung der Gemeinde Eslohe (Sauerland) und die sonstige Erfüllung abfallwirtschaftlicher Aufgaben werden zur Deckung der damit verbundenen Kosten Benutzungsgebühren nach dem Kommunalabgabengesetz und nach Maßgabe dieser Satzung erhoben.

§ 21

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtige sind die Eigentümer der nach Maßgabe dieser Satzung an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücke. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Den Grundstückseigentümern stehen Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Nießbraucher und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte gleich.
- (2) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem ersten Tage des Monats, in dem die Abfallentsorgung in Anspruch genommen wird. Sie endet mit dem letzten Tage des Monats, in dem die Benutzung endet.

- (3) Bei Eigentumswechsel erlischt die Gebührenpflicht des bisherigen Eigentümers mit dem letzten Tag des Monats, in dem der Wechsel stattgefunden hat. Gleichzeitig beginnt die Gebührenpflicht des neuen Eigentümers. Unterlassen es der bisherige oder der neue Eigentümer, den Übergang anzuzeigen, so haften beide gesamtschuldnerisch für die Zahlung der Gebühren, die in der Übergangszeit fällig geworden sind.

§ 22 Gebühregrundlage

- (1) Gebühren werden für die aufgestellten Sammelbehälter für Rest- und Biomüll sowie für die Inanspruchnahme der Sperrgutabfuhr erhoben.
- bei Wohngrundstücken sowie bei gemischt genutzten Grundstück wird ein Mindestvolumen von 6 l pro Woche pro auf dem angeschlossenen Grundstück wohnenden Personen mit Hauptwohnung festgelegt.
 - bei Grundstücken und Grundstücksteilen, die nicht Wohnzwecken dienen, ist gemäß § 7 Satz 4 der Gewerbeabfall-Verordnung (GewAbfV) mindestens eine 80 l Restmülltonne als sog. Pflichttonne aufzustellen. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Papiertonnen ist begrenzt auf die Anzahl der kostenpflichtigen Behälter.
 -
- (2) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Beginn des Monats, in dem der Anschluss des Grundstücks (Aufstellung der Sammelbehälter) erfolgt.
- (3) Bei Veränderungen des Behälterbestandes entsteht die Gebührenpflicht mit dem Beginn des Monats, welcher der Aufstellung der weiteren Sammelbehälter folgt.
- (4) Die Gebührenpflicht endet mit Schluss des Monats, in dem der Sammelbehälter schriftlich abbestellt wird.
- (5) Die Gebührenpflicht zur Leistung der Einzelgebühr für die Sperrgutabfuhr entsteht mit der Anmeldung der Leistung.

§ 23 Höhe der Gebühren

Die jährlichen Gebühren betragen bei Benutzung von

Restmüllbehältern mit dem Volumen

80 Liter	109,40 €
120 Liter	133,66 €
240 Liter	207,49 €

Biomüllbehältern mit dem Volumen

80 Liter	81,92 €
120 Liter	100,61 €
240 Liter	157,55 €

Die Gebühr von bis zu 5 m³ zur Abfuhr bereitgestelltem Sperrmüll beträgt je Anforderung 20,00 €

§ 24

Angaben, Prüfung und Schätzung

- (1) Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, der Gemeinde Eslohe (Sauerland) die zur Feststellung der Gebühren erforderlichen Angaben zu machen.
- (2) Die Gemeinde Eslohe (Sauerland) ist berechtigt, an Ort und Stelle zu prüfen, ob die zur Feststellung der Gebühren gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen.
- (3) Sofern der Gemeinde Eslohe (Sauerland) die zur Festsetzung der Gebühren erforderlichen Angaben nicht oder nur unzureichend gemacht werden, kann die Gemeinde Eslohe (Sauerland) die Veranlagung aufgrund einer Schätzung durchführen.

§ 25

Heranziehung zu Gebühren

Die Gebühren werden durch Heranziehungsbescheide der Gemeinde Eslohe (Sauerland) festgesetzt. Die Fälligkeit richtet sich nach den Vorschriften über die Entrichtung der Grundsteuer. Gibt jedoch der Gebührenbescheid einen anderen Fälligkeitstermin an, so gilt dieser.

§ 26

Andere Berechtigte und Verpflichtete

Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für die in § 22 Abs. 1 aufgeführten Personen. Die Grundstückseigentümer werden von ihren Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.

§ 27

Begriff des Grundstücks

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 28

Abfallbehälter auf Straßen, in öffentlichen Anlagen und in der freien Landschaft

Die auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, in öffentlichen Anlagen und in der freien Landschaft von der Gemeinde aufgestellten Abfallbehälter (Abfallkörbe, Papierkörbe) sind für Abfälle bestimmt, die bei einzelnen Personen beim Verzehr von Lebens- und Genussmitteln im Freien anfallen. Es ist unzulässig, diese Abfallbehälter zum Ablagern anderer Abfälle zu benutzen.

§ 29

Ordnungswidrigkeiten

(1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er

1. nach § 3 dieser Satzung ausgeschlossene Abfälle der Gemeinde Eslohe (Sauerland) Einsammeln und Befördern überlässt,
2. von der Gemeinde Eslohe (Sauerland) bestimmte Abfallbehälter oder Abfallsäcke gemäß § 11 Abs. 2 dieser Satzung zum Einfüllen von Abfällen nicht benutzt,
3. für bestimmte Abfälle vorgesehene Behälter oder Abfallsäcke entgegen § 11 Abs. 2 bis Abs. 5 und § 11 Abs. 4 dieser Satzung mit anderen Abfällen füllt,
4. den erstmaligen Anfall von Abfällen oder wesentliche Veränderungen des Abfalls gemäß § 16 Abs. 1 und Abs. 2 dieser Satzung nicht unverzüglich anmeldet,
5. anfallende Abfälle entgegen § 19 Abs. 4 dieser Satzung unbefugt durchsucht oder wegnimmt,
6. entgegen § 15 Abs. 4 Sperrgut in verkehrsgefährdender Weise lagert oder durch das Bereitstellen des Sperrguts entstandene Verunreinigungen nicht unverzüglich beseitigt,
7. Abfälle in fremde Sammelgefäße oder Straßenpapierkörbe einfüllt.
8. Verstöße gegen die Vorschriften dieser Satzung können mit einer Geldbuße nach den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) bis zu 50.000,00 € geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen hierfür eine höhere Geldbuße vorsehen.

§ 30

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2016 Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) vom 18.12.1998 und ihre Nachtragssatzungen außer Kraft

Anlage zu § 3 Abs. 1 Nr. 1

Vom Einsammeln und Befördern durch die Gemeinde sind folgende Abfälle ausgeschlossen (die unterstrichenen Abfälle aus Haushaltungen werden gesondert angenommen):

1. Geruchsintensive Nahrungs- und Genussmittelabfälle, wie z. B. Würzmittel- und Huminrückstände, die nicht aus Haushaltungen stammen;
2. Flüssige Abfälle aus pflanzlichen und tierischen Ölen, Fetten und Wachsen, wie z. B. verdorbene Pflanzenöle und Fettabfälle, die nicht aus Haushaltungen stammen,
3. Emulsionen und Schlämme mit pflanzlichen und tierischen Fettprodukten, wie z. B. Fettabscheiderinhalte und Zentrifugenschlamm aus Molkereien;
4. Tierkadaver;
5. Schlachtabfälle;
6. Tierische Fäkalien, wie z. B. Schweinegülle;
7. Abfälle aus Gerbereien, wie z. B. Äscherei- und Gerbereischlämme
8. Abfälle aus Zelluloseherstellung und -verarbeitung wie z. B. Spuckstoffe bei Papiergewinnung;
9. Metallurgische Schlacken und Krätzen mit umweltschädlichen Inhaltsstoffen, wie z. B. Bleikrätze, Zinkschlacke, Aluminium- und Magnesiumkrätze sowie Salzschlacken aus der Aluminiumschmelze;
10. Mineralische Schlämme mit umweltschädigenden Inhaltsstoffen, wie z. B. Gichtgas- und Naturschleifschlämme;
11. NE-Metallabfälle und -schlämme mit umweltschädigenden Inhaltsstoffen, wie z. B. Bleiabfälle, -staub, Cadmium, Kupfer- und Zinkabfälle;
12. Galvanikschlämme, soweit sie nicht entgiftet und neutralisiert sind oder soweit sie höhere Anteile an NE-Metallhydroxiden wie Cadmium, Zink, Kupfer, Thallium, Zinn oder Chrom enthalten;
13. Salze mit umweltschädigenden Inhaltsstoffen, wie z. B. Härtesalze, Brüniersalze und Jarositschlämme;
14. Karbidschlämme, Säuren, Laugen und Konzentrate, Laborchemikalienreste;
15. Abfälle von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln;
16. Mineralöle, Mineralschlämme, Fette, Wachse sowie Emulsionen und Gemische aus Mineralölprodukten, överschmutzte Betriebsmittel, wie z. B. Ölfilter und Putzlappen;
17. Lösungsmittel und Lösungsmittelgemische sowie lösungsmittelhaltige Schlämme;
18. Altlacke, Altfarben

19. Kunststoffschlämme, Gummischlämme und -emulsionen;
20. Explosivstoffe;
21. Detergentien- und Waschmittelabfälle;
22. Katalysatoren, soweit sie umweltschädigende Schadstoffkomponenten enthalten;
23. Fäkalien aus Hauskläranlagen. (Für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen gilt die „Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Gemeinde Eslohe vom 20.12.1985, in der jeweils geltenden Fassung);
24. Folgende Abfälle aus Krankenhäusern, Arztpraxen und sonstigen Einrichtungen des medizinischen Bereichs:
 25. Körperteile und Organabfälle aus dem Bereich der Pathologie, Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Blutbank, u. a.,
 26. Versuchstiere, soweit deren Beseitigung nicht durch das Tierkörperbeseitigungsgesetz geregelt ist,
 27. Streu und Exkremente aus Tierversuchsanstalten, durch die eine Übertragung von Krankheitserregern zu besorgen ist;
 28. Autowracks, Autoreifen, Autobatterien (soweit sie nicht durch den Handel zurückzunehmen sind);
 29. Trocken- und Knopfzellen, wiederaufladbare Batterien;
 30. Baustellenabfälle, wie z. B. Bauschutt, Türen, Fenster, Heizungstanks.

Ausnahmen ergeben sich aus § 1 Abs. 2 Ziffer 3 und § 2 Abs. 2 Ziffer 7 dieser Satzung.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Eslohe (Sauerland) (Abfallentsorgungssatzung) der Gemeinde Eslohe (Sauerland) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023), in der zurzeit geltenden Fassung, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt,
- b) diese Nachtragssatzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Eslohe, 18.12.2015

gez.
Kersting
Bürgermeister